



„Familienvielfalt anerkennen – Regenbogenfamilien in NRW gleichstellen“

Stellungnahme der Landesfachstelle Regenbogenfamilien NRW zum Familienbericht NRW

Unter dem Titel **„Familien im Blick – Lebenslagen verstehen. Zukunft gestalten.“** hat die Landesregierung am **9. Juli 2026** einen Familienbericht veröffentlicht. Damit liegt erstmals seit 2015 wieder eine wissenschaftlich fundierte, an den Lebenslagen orientierte Bestandsaufnahme der Familien in Nordrhein-Westfalen vor.

Ministerin Verena Schäffer betont in der Einleitung:

„Das Familienleben in Nordrhein-Westfalen ist bunt und vielfältig wie nie zuvor. Klassische Rollenbilder wandeln sich und neue Familienformen gewinnen an Bedeutung. Familie ist heute kein starres Modell mehr, sondern spiegelt eine Vielzahl von Lebensentwürfen und Erfahrungen wider.“

Diese Perspektive begrüßen wir. Folgerichtig setzt der Bericht einen Schwerpunkt auf die Vielfalt von Familien und nimmt damit auch queere Familien in den Blick. Im Vorfeld fand ein Familiendialog mit Regenbogenfamilien statt, der im Rahmen des von unserer Fachstelle anlässlich des International Family Equality Day veranstalteten Familienfests im Mai 2025 in Münster durchgeführt wurde.

Zahlen und Daten: wichtige Hinweise, aber lückenhafte Erfassung

Die im Bericht ausgewerteten Daten des Mikrozensus 2024 zeigen:

- In NRW leben rund 11.000 gleichgeschlechtliche Paare mit minderjährigen Kindern.
- Das Gesamtspektrum von Regenbogenfamilien wird damit nicht abgebildet, da der Mikrozensus nur gleichgeschlechtliche Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit Kindern im Haushalt erfasst.
- Gleichgeschlechtliche Ehepaare leben häufiger mit minderjährigen Kindern zusammen (27 %) als unverheiratete gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften (13 %).

Diese Zahlen sind ein wichtiger Schritt zu mehr Sichtbarkeit – sie verdeutlichen jedoch zugleich, dass die Datenlage zu Regenbogenfamilien weiterhin lückenhaft ist.

Kinderwunsch und Elternschaft: rechtliche und finanzielle Barrieren

Eine landesweite Online-Befragung queerer Familien (2024) zeigt, dass fast 50 % der LSBTIQ*-Eltern Hürden bei der Umsetzung ihres Kinderwunsches erlebt haben. Genannt werden vor allem rechtliche und finanzielle Belastungen, insbesondere bei Kinderwunschbehandlungen – etwa beim Zugang zu medizinisch assistierter Reproduktion und durch die weiterhin fehlende rechtliche Anerkennung der Co-Mutterschaft bei lesbischen und nicht-binären Elternpaaren.

Für schwule Paare bleiben häufig Auslandsadoption oder eine (kommerzielle oder altruistische) Leihschwangerschaft als Optionen; entsprechend kommen Kinder in schwulen Familien überdurchschnittlich oft aus früheren heterosexuellen Beziehungen.

Zudem bilden staatliche Dokumente die Realität nicht verlässlich ab: Die Einträge „Mutter“ und „Vater“ in Geburtsregister und Geburtsurkunden werden trans* und inter* Personen weiterhin nicht gerecht. Die Übergangslösung im Selbstbestimmungsgesetz (§ 11 SBGG, in Kraft seit 1. November 2024) hat daran bislang wenig geändert.

Lebenslagen: Diskriminierung, Minderheitenstress, Verunsicherung

Trotz gestiegener Akzeptanz erleben Regenbogenfamilien weiterhin Diskriminierung, Ablehnung und teils Hassgewalt. Studien verweisen auf Folgen von Minderheitenstress, der psychische Belastungen verstärken kann. Viele Familien berichten zudem von einer wachsenden Sorge, dass sich das gesellschaftliche Klima verschlechtert und erreichte Reformen wieder infrage gestellt werden könnten.

Forderungen aus dem Familiendialog: Anerkennung, Gleichstellung und Ausbau der Beratungsinfrastruktur

Der Bericht benennt Forderungen aus dem Familiendialog, die wir ausdrücklich unterstützen. Im Zentrum steht die gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung von Regenbogenfamilien als gleichwertig – einschließlich einer Reform des Abstammungsrechts.

Konkret braucht es:

- ein Ende der verpflichtenden Stiefkindadoption in Zwei-Mütter-Familien und bei nicht-binären Elternteilen, die als willkürlich und stark belastend erlebt wird,
- klare Leitlinien für Gerichte und Verwaltungen, um Verfahren verlässlich und diskriminierungsarm zu gestalten,
- mehr Aufklärung zu geschlechtlicher und familiärer Vielfalt in Schulen sowie eine verbindliche Sensibilisierung von Lehr- und Erziehungskräften, auch um Kinder und Jugendliche aus Regenbogenfamilien besser zu schützen.

Eine sichtbare sowie queersensible Beratungsinfrastruktur stellt dabei eine wichtige Unterstützung dar und begleitet Regenbogenfamilien in allen Lebenslagen. In der Praxis zeigen sich jedoch Lücken: Viele Beratungsangebote sind bislang nicht auf die besonderen Bedürfnisse von Regenbogenfamilien eingestellt, zudem gibt es ein Gefälle zwischen Stadt und Land. Nötig sind flächendeckende Angebote, zentrale Anlaufstellen zur Unterstützung von Familien und Behörden sowie eine landesweite Übersicht queersensibler Unterstützungsmöglichkeiten.

Der Familienbericht weist zudem darauf hin, dass das Familienrecht Mehreltern-Familien bislang nicht angemessen berücksichtigt. Auch hier ist eine Anpassung an gelebte Realitäten erforderlich.

Politische Reformen konsequent umsetzen

Der Familienbericht liefert eine wichtige Grundlage für politische Gestaltung. Aus Sicht der Landesfachstelle Regenbogenfamilien NRW ergeben sich daraus klare Handlungsbedarfe:

- **Familienrecht reformieren:** Gleichstellung queerer Familien und Berücksichtigung von Mehrelternschaft
- **Reform von Einträgen/Bezeichnungen** in Geburtenregister und Geburtsurkunde für trans*, inter* und nicht-binäre Eltern

- **Finanzielle Gleichstellung** bei Kinderwunschbehandlungen, **Sensibilisierung im medizinischen Bereich** inklusive queersensible Geburtshilfe
- **Verbindliche Aufklärung und Sensibilisierung** in Schule und bei familiennahen Fachkräften
- **Flächendeckender Ausbau** einer queersensiblen Beratungsstruktur

Als Landesfachstelle Regenbogenfamilien NRW unterstützen wir diese Ziele dauerhaft. Es braucht eine verlässliche, langfristige Förderung von Beratungs- und Gruppenangeboten für queere Familien sowie der Landesfachstelle Regenbogenfamilien NRW. Nur so können Regenbogenfamilien in NRW wirksam begleitet und Strukturen nachhaltig gestärkt werden.